

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 1. Dezember 1993

am Donnerstag, dem 2. Dezember 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	6, 18	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	32, 33
Baumeister, Brigitte (CDU/CSU)	15, 16	Klemmer, Siegrun (SPD)	30, 31
Conradi, Peter (SPD)	9	Kubatschka, Horst (SPD)	24, 43
Deß, Albert (CDU/CSU)	5, 46	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	53, 54
Erler, Gernot (SPD)	50, 51	Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Funke-Schmitt-Rink, Margret (F.D.P.)	35	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	3, 4
Gallus, Georg (F.D.P.)	56, 57	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	38, 55
Gansel, Norbert (SPD)	29, 58	Mehl, Ulrike (SPD)	20, 21
Gilges, Konrad (SPD)	25, 26	Müller, Christian (Zittau) (SPD)	10, 11
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	27, 28	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	13, 14
Graf, Günter (SPD)	17	Schwanitz, Rolf (SPD)	12
Harries, Klaus (CDU/CSU)	47, 48	Urbaniak, Hans-Eberhard (SPD)	44, 45
Dr. Hoffacker, Paul (CDU/CSU)	22, 23	Wallow, Hans (SPD)	19, 52
Jäger, Claus (CDU/CSU)	2, 8	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	41, 42
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	1	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	34, 49
Kirschner, Klaus (SPD)	36, 37	Würfel, Uta (F.D.P.)	7

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	13
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)

Besteht angesichts der weiterhin kritischen Situation auf dem Wohnungsmarkt in den neuen Bundesländern seitens der Bundesregierung die Absicht, den Kündigungsschutz erneut zu verlängern, und welche Kriterien für eine mögliche Verlängerung werden gesehen?
2. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit der Achtung vor der Menschenwürde, die auch gegenüber dem menschlichen Leichnam zu beachten ist, vereinbar, die Körper Verstorbener zur Durchführung von Unfall-Crash-Tests zu verwenden, und was wird die Bundesregierung verneinendenfalls unternehmen, um derartige Mißbräuche menschlicher Leichname zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)

Wie entkräftet die Bundesregierung den Vorwurf, daß die augenblicklich in der Planung befindliche Personalbedarfsberechnung für die Zolldienststellen auf willkürlich geschaffenen „Parametern“ beruht, die „bewußt“ einen Teil der tatsächlich vorhandenen Arbeit an der Westgrenze negiert – wie z. B. die Zahlstellentätigkeit, Leitungstätigkeit, Zollsachbearbeitung bei nachgeordneten Dienststellen, Tätigkeit bei Mobilen Abfertigungsstellen und KOBRA (Kontrolle bei der Ausfuhr) sowie Personalratsarbeit –, um damit Kapazitäten zu schaffen für den dringend benötigten Bedarf an der bundesdeutschen Ostgrenze?
4. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)

Mit welcher Begründung verwehrt die Bundesregierung den Hauptzollämtern an der Westgrenze eine kompetenzmäßige – z. B. durch die Ausweitung von Zugriffsrechten auch auf den fließenden Verkehr – und quantitative Aufwertung der Zollkontrolltrupps angesichts der Tatsache, daß die noch bis zum Inkrafttreten des Schengener-Abkommens (1. Februar 1994) bestehenden Grenzaufsichtsstellen „S“ mit geringer Personalstärke, aber grenzpolizeilichen

Befugnissen bereits einen zentralen Beitrag – wie Tätigkeitsberichte und Aufgriffstatistiken belegen – zur inneren Sicherheit leisten und damit kostenintensive Neuorganisationsmaßnahmen durch den Rückgriff auf bewährte Strukturen in diesem Bereich vermieden werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

5. Abgeordneter
**Albert
Deß**
(CDU/CSU)

Gibt es in der Bundesregierung konkrete Absichten, kurzfristig ein Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien aufzulegen, und ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, diejenigen erneuerbaren Energien, mit denen die Ziele Klimaschutz (CO₂-Neutralität), Umweltfreundlichkeit und Schonung endlicher Ressourcen mit dem geringsten Subventionsbedarf erreicht werden, vorrangig zu fördern?

6. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Setzen nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung alle Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft gültige Richtlinien und Normen der EG zeitlich und inhaltlich gleichermaßen um, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Situation?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren

7. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)

Wie wird Pluralität der Träger bei Beratungsstellen gewährleistet, wenn durch ein flächendeckendes Angebot von Gesundheitsämtern als Beratungsstellen andere Träger, z. B. nicht-konfessionelle Beratungsstellen, nicht zugelassen werden?

8. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Haben nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Schwangeren-Beratungsstellen der Organisation Pro Familia seit dem Inkrafttreten der vom Bundesverfassungsgericht angeordneten Übergangs-Regelung am 16. Juni 1993 ihre Beratungspraxis entsprechend diesen Richtlinien dahin geändert, daß nunmehr auf die zur Schwangerenkonflikt-Beratung erschienenen Frauen im Sinne der Erhaltung des Lebens ihres ungeborenen Kindes eingewirkt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

9. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bisher daran gehindert, den Realisierungswettbewerb für das Bundeskanzleramt im Spreebogen in Berlin auszuschreiben, nachdem seit dem Bundestagsbeschluß vom 20. Juni 1991 feststeht, daß das Bundeskanzleramt nach Berlin verlegt wird, und seit dem 24. Juni 1993 die abschließende Empfehlung des Preisgerichts für den Städtebaulichen Wettbewerb Spreebogen vorliegt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung
und Technologie**

10. Abgeordneter
**Christian
Müller
(Zittau)**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das jüngste Gutachten des Münchener ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung (s. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. November 1993, S. 17), aus dem sich ein wachsendes Forschungs- und Patentanmeldungsdefizit der deutschen Industrie gegenüber ihren amerikanischen und japanischen Wettbewerbern ergibt?
11. Abgeordneter
**Christian
Müller
(Zittau)**
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Gutachten für ihre Forschungspolitik und insbesondere die Förderung von Erfindungen in der Bundesrepublik Deutschland?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Wissenschaft**

12. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)

Welche Unterstützungsleistungen von Bund und Ländern können von politisch motivierten Diskriminierungsmaßnahmen in der ehemaligen DDR (zum Beispiel Nichtzulassungen zum Abitur oder Relegationen von der EOS) betroffene Schüler, die ja nicht vom zur Zeit im Entwurf diskutierten 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz erfaßt werden, heute in Anspruch nehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

13. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den, verglichen mit den Vorjahren, unverhältnismäßig hohen Anstieg des Anteils der in den Entwicklungsländern gekauften Nahrungsmittel für die Nationale Nahrungsmittelhilfe?

14. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)

Wie läßt sich dieser Anstieg mit den in der deutschen Landwirtschaft erzielten Überschüssen vereinbaren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordnete
**Brigitte
Baumeister**
(CDU/CSU)

In wie vielen Fällen – aufgegliedert nach Bundesländern – sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit Einführung der Überprüfung von Asylbewerbern mittels des Automatischen Fingerabdruck-Identifizierungs-Systems (AFIS) aufgrund der Auswertung der Fingerabdruckblätter Konsequenzen bei Mehrfachbewerbern gezogen und Leistungen eingestellt worden?

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordnete
Brigitte
Baumeister
(CDU/CSU) | Welche Summen – aufgegliedert nach Bundesländern – betragen die sich hieraus ergebenden Einsparungen an Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz? |
| 17. Abgeordneter
Günter
Graf
(SPD) | Wie hat sich der Zuzug von Aussiedlern in den letzten zehn Jahren entwickelt, und wie wurden sie innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach Ländern aufgeteilt? |
| 18. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, daß sich die Organisationsstrukturen rechtsextremistischer und rechtsradikaler Gruppierungen zunehmend verfestigen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Gefährlichkeit dieser Organisationen? |
| 19. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung im Hinblick auf die wachsende Vernetzung – auch mit modernen Kommunikationsmitteln – der rechtsextremen Szene innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Ausland? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|---|
| 20. Abgeordnete
Ulrike
Mehl
(SPD) | Wie will die Bundesregierung die flankierenden Maßnahmen der EG-Agrarreform zur Förderung der Einführung oder Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren umsetzen, wenn sie es ablehnt, diesen Teil der Extensivierungsmaßnahmen in den Förderkatalog der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ aufzunehmen, und warum wurde das Konzept der Bundesregierung zur Sicherung des Agrarstandortes Deutschland durch Streichung der Förderung des Ökolandbaus im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe in diesem wichtigen umwelt- und marktentlastenden Bereich aufgegeben? |
| 21. Abgeordnete
Ulrike
Mehl
(SPD) | Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung die Einführung und Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren nach kontrollierten, umweltschonenden Kriterien fördern, und wie |

beurteilt sie die Möglichkeit, bei Beschaffungsmaßnahmen der öffentlichen Hand nur noch Produkte aus dem Öko-Landbau, der umweltschonendsten Landbewirtschaftung zur Erzeugung von Nahrungsmitteln zuzulassen bzw. zu empfehlen, um so eine Vorbildfunktion zu erfüllen?

22. Abgeordneter
**Dr. Paul
Hoffacker**
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß hinsichtlich des Vorschlages der EG für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung des Anhanges zur Richtlinie 91/440/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln die Absicht besteht, beim Schutz von Wasser insbesondere vor der Einbringung von Pflanzenschutzmitteln bzw. darin enthaltener Wirkstoffe in das Grundwasser auf die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation abzustellen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Verschlechterung der derzeit geltenden Werte im Hinblick auf den Gesundheitsschutz insbesondere von Säuglingen und Kleinkindern?

23. Abgeordneter
**Dr. Paul
Hoffacker**
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß eine Beschlußfassung des Agrarrates am 13. bzw. 14. Dezember 1993 zu dieser Frage vorgesehen ist, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, hier zu votieren insbesondere vor dem Hintergrund, daß der Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages sich mit großer Mehrheit für die Beibehaltung der bisher geltenden strengeren Normen ausgesprochen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

24. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den starken Anstieg von Hauterkrankungen bei Berufstätigen und daraus folgend von Anträgen auf Berufsunfähigkeit aufgrund der vielen neuen Gefahrstoffe am Arbeitsplatz, und wo sieht sie hierbei Handlungsbedarf?

25. Abgeordneter
**Konrad
Gilges**
(SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, in welchem Verhältnis der festgestellte Mißbrauch von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit in den ersten neun Monaten des Jahres durch Arbeitnehmer zu dem Mißbrauch durch Arbeitgeber steht, und wie hoch der entsprechende festgestellte Leistungsmißbrauch im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres war?

26. Abgeordneter
**Konrad
Gilges**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, in welchem Verhältnis die durch die verstärkte Meldepflicht in diesem Jahr entstandenen Personal- und Sachkosten zu den festgestellten mißbräuchlich bezogenen Leistungen stand, und welche Folgen die Durchführung der Meldekontrollen auf die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsämter hatte?
27. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Inwieweit kann die Bundesregierung nachvollziehen, daß die Vergabe von Ausbildungsplätzen an Berufsbildungszentren bzw. -gesellschaften, die sich in den neuen Ländern gegründet haben, von den Arbeitsämtern benachteiligt werden, und zwar zugunsten der Ausbildungszentren bzw. -gesellschaften aus den alten Bundesländern, die nur Nebenstellen im Osten haben?
28. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung dabei ausschließen, daß in diesem Zusammenhang die Vermittlung von gewinnträchtigen Ausbildungsplätzen eine Rolle spielt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

29. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesministerium der Verteidigung nach der Vorlage des Zwischenberichtes der Arbeitsgruppe „Aufwandsbegrenzung im Betrieb“ nunmehr „industrie-typische Instandsetzungsmaßnahmen“ als Pilotprojekte aus dem Marinearsenal in die gewerbliche Wirtschaft verlegt, und sind solche Pilotprojekte mit der Erklärung des Bundesministeriums der Verteidigung in der Fragestunde vom 10. November 1993 vereinbar, es würden lediglich Untersuchungen und Prüfungen durchgeführt?
30. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Wie viele der 1993 zur Musterung herangezogenen Berliner des Geburtsjahrgangs 1969 haben ihre jeweils ersten, zweiten und ggf. dritten Musterungstermine nicht wahrgenommen, und wie oft wurden bisher polizeiliche Vorführungen der von der Musterung ferngebliebenen Wehrpflichtigen angeordnet?

31. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Trifft es zu, daß in Berlin auch Männer des Geburtsjahrgangs 1969 zur Musterung geladen werden, die in der DDR aufgrund ihrer kriegsdienstverweigernden Haltung nicht gemustert wurden, und trifft es auch zu, daß sog. Wehrflüchtigen trotz bevorstehenden oder laufenden Examens die Einberufung zum Wehrdienst bzw. Zivildienst droht?
32. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß private Investoren ihre Absicht, in der Stadt Laage 211 Wohnungen für Bedienstete des Jagdgeschwaders JG 73 zu bauen, aufgegeben haben, weil der Bund entgegen der ursprünglichen Zusage nun nur noch 100 Wohnungen fördern will?
33. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die notwendigen Vorkehrungen kommunalerseits die erforderliche Infrastruktur und Erschließung des Neubaugebietes in Laage zum 1. Oktober 1994 sicherzustellen, erheblich in Verzug geraten sind, und was gedenkt die Bundesregierung alternativ zu veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

34. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Einrichtung des vom Bundesminister für Gesundheit, Horst Seehofer, angekündigten Fonds für HIV-infizierte Bluter zu rechnen, und was müssen bedürftige Personen tun, um Hilfe aus diesem Fonds zu erhalten?
35. Abgeordnete
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
(F.D.P.)
- Was hat der Nationale Drogenrat, der die Bundesregierung beraten soll, seit seiner Arbeitsaufnahme geleistet?
36. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Wann hat der Bundesminister für Gesundheit zum ersten Mal von Vorwürfen gegen Arzneimittelfirmen u. a. der Firma Rentschler erfahren, wonach die Erprobung nicht zugelassener oder für bestimmte Indikationen nicht zugelassener Arzneimittel, beispielsweise des Arzneimittels Fiblaferom, durch Verordnung dieser Mittel zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert worden sei?

37. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Wann hat die Firma Rentschler für das Arzneimittel Fiblaferon für eine weitere Indikation klinische Versuche angemeldet, und wann hat sie einen entsprechenden Zulassungsantrag beim Bundesgesundheitsamt gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

38. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Was tut die Bundesregierung, um die deutsche Seeschifffahrt, einschließlich den Schiffsbau und die Zulieferindustrie, sowie die Hafenwirtschaft konkurrenzfähig zu halten, so daß in etwa gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber wichtigen Wettbewerbern weltweit bestehen?
39. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat das Inkrafttreten des Tarifaufhebungsgesetzes für die deutsche Binnenschifffahrt, insbesondere für die Partikuliere, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten – ähnlich wie Holland –, die Interessen der deutschen Binnenschiffer durch einen nationalen Ordnungsrahmen für eine Übergangszeit bis zur Einführung eines europäischen Binnenschiffahrts-Marktsystems abzusichern?
40. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Verhalten der Holländer in dieser Angelegenheit vor dem Europäischen Gerichtshof auf seine Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen?
41. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- In welchem zeitlichen Rahmen und mit welcher Besetzung ist der Binnentanker „Ingeborg“ in den Tagen vor der Havarie am 19. November 1993 im Einsatz gewesen, und wurden die Schiffsbesetzungsvorschriften dabei eingehalten?
42. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Welche Mängel der Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes wurden im Zusammenhang mit diesem Schiffsunglück offenbar, und auf welche Weise wird dafür gesorgt, daß zukünftig ggf. eine bessere und schnellere Kooperation der beteiligten Behörden erfolgt?

43. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Kampagne der belgischen Verkehrswacht, mit drastischen Bildern und Texten z. B. für angepaßte Geschwindigkeiten und gegen Alkohol am Steuer zu werben, für ein geeignetes Mittel zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, und falls ja, beabsichtigt die Bundesrepublik Deutschland, eine derartige Kampagne auch in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen bzw. zu unterstützen?
44. Abgeordneter
Hans-Eberhard Urbaniak
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Studie des Bochumer Ruhr-Forschungsinstituts für Innovations- und Strukturpolitik bekannt, nachdem das heutige Straßen- und Schienennetz in Nordrhein-Westfalen leicht unter dem Niveau der westdeutschen Bundesländer liegt, das Ruhrgebiet speziell aber die Note unbefriedigend bekommen hat?
45. Abgeordneter
Hans-Eberhard Urbaniak
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, dieses Defizit mit der Verwirklichung des Bundesverkehrswegeplanes auszugleichen, und welche Maßnahmen sind dafür vorgesehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

46. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)
- Welche Mengen Schmierstoffe gehen nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland jährlich verloren bzw. werden nicht sachgerecht entsorgt, und welche Umweltgefahren entstehen nach Ansicht der Bundesregierung durch diese Mengen?
47. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen für einen sach- und zeitgerechten positiven Abschluß des Planfeststellungsverfahrens für das vorgesehene Endlager „Konrad“ zur Aufnahme schwachradioaktiver Stoffe, obwohl das für die Genehmigung zuständige Land Niedersachsen den – rechtswidrigen – ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug fortsetzt?
48. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ggf. mit Weisungen gegenüber dem niedersächsischen Umweltminister dem Gesetz Genüge zu tun?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

49. Abgeordneter
**Simon
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)**
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundespost POSTDIENST einzuwirken, daß bei humanitären Paketsendungen in die Dritte Welt Sondertarife eingeführt werden, und welche Chancen sieht die Bundesregierung für die Verwirklichung eines solchen Vorschlages?
50. Abgeordneter
**Gernot
Erler
(SPD)**
- In welchem Umfang und aus welchem Grund sind die Paketgebühren für Sendungen ins ehemalige Jugoslawien in letzter Zeit erhöht worden?
51. Abgeordneter
**Gernot
Erler
(SPD)**
- Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung verhindern, daß durch solche Gebührenerhöhungen wünschenswerte private Kontakt- und Hilfsbereitschaft zugunsten von Opfern des jugoslawischen Krieges erschwert oder gar verhindert werden?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

52. Abgeordneter
**Hans
Wallow
(SPD)**
- In welcher Art und welchem Umfang liefert die Bundesregierung Rundfunksendern Informationsmaterial für Sendungen, das dann bei der Ausstrahlung von den Hörern nicht als staatliche Information identifiziert werden kann?
53. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kühler
(SPD)**
- In welcher Art hat der Bundeskanzler bei seinem China-Besuch das Thema der Menschenrechtsverletzungen in Tibet angesprochen, und hat der Bundeskanzler den chinesischen Ministerpräsidenten zum Dialog mit dem geistlichen Oberhaupt Tibets, dem Dalai Lama, aufgefordert?

54. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Hat der Bundeskanzler die Namensliste von 20 politisch Inhaftierten dem chinesischen Ministerpräsidenten in einem Gespräch übergeben, und hat der Bundeskanzler weitere Menschenrechtsfragen wie z. B. die Zwangsarbeit in Umerziehungslagern oder den Besuch von Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes in Gefängnissen angesprochen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

55. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Wie vereinbart die Bundesregierung ihre „konsequente Ein-China-Politik“, mit der sie sogar begründet, daß hochangesehene, an den besten Bildungseinrichtungen der USA und Europas ausgebildete Minister Taiwans nicht in Dienstzimmern von Bundesministern begrüßt werden dürften (s. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Paul Laufs vom 28. Oktober 1993), mit der im Mai 1993 im Europäischen Parlament eingebrachten Resolution zur Einbeziehung der Volksrepublik China und Taiwans in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), zumal der Antrag auf Aufnahme Taiwans nicht von der Regierung in Peking, sondern von der Regierung in Taipei gestellt wurde?

56. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den Auseinandersetzungen in Südost-Anatolien zwischen der türkischen Armee und den kurdischen Gruppen die dort wohnenden Christen immer mehr in Mitleidenschaft gezogen werden?

57. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Christen aus diesem Gebiet in ihren Dörfern wohnen bleiben dürfen oder – sollte dies nicht möglich sein – ein Weg gefunden wird, daß sie in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen europäischen Staaten Asyl bekommen können?

58. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)

Wie definiert die Bundesregierung die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Ostseeraum unter Berücksichtigung der neuen russischen Militärdoktrin, und welche Konsequenzen hat das für die Marinepräsenz an der deutschen Ostseeküste?

Bonn, den 26. November 1993

